

Erfolg für Kritiker: Als Reaktion auf das Anti-Lobbyismus-Portal „Frag den Staat“ will die Bundesregierung Dokumente offenlegen

Der Staat antwortet

Von **Jana Wagner** - 16.07.2017 - [0 Kommentare](#)

Berlin. Es ist ein großer Erfolg für Arne Semsrott. Eine Woche lang haben Bürger bei der Mitmach-Aktion „Gläserne Gesetze“ über tausend Anfragen an die Bundesministerien geschickt – mit einem großen Ziel: Die Massenansfrage sollte die Ministerien dazu bringen, Gesetzentwürfe und Lobby-Stellungnahmen zu veröffentlichen und offenzulegen, wer in Deutschland wie Einfluss auf die Gesetze nimmt.



Ein Beispiel für Lobbyismus in Berlin: Eine Plakatkampagne will Abgeordnete zum Einlenken bei der Sterbehilfe bewegen.

(Evelin Frerk, Berlin, pa/obs/Giordano Bruno Stiftung)

Die Aktion ging auf: Statt jede einzelne Anfrage zu beantworten, hat sich die Bundesregierung laut Semsrott jetzt dazu entschieden, die Dokumente selbst ins Netz zu stellen.

Der Politikwissenschaftler Semsrott setzt sich als Projektleiter des Portals „Frag den Staat“ zusammen mit der

Initiative Abgeordnetenwatch für mehr Transparenz im Gesetzgebungsprozess ein. Er findet: Zu viele Gesetze werden hinter verschlossenen Türen in den Ministerien entschieden. Allein mehr als 600 Gesetze sind in der vergangenen Legislaturperiode entstanden. Wie Vertreter von Unternehmen, Verbände und Lobbyisten bei diesen Gesetzen mitgeschrieben haben, sei aber für Außenstehende meist nicht ersichtlich.

Ungestörter Einfluss

Bereits im Juni bescheinigte die Organisation Lobby Control der Großen Koalition Versagen in Sachen Transparenz. Vor allem, weil Interessenverbände und Wirtschaft relativ ungestört Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger nehmen konnten.

Timo Lange von Lobby Control kritisierte damals, dass „Lobbyismus in Deutschland weitgehend intransparent und auch im internationalen Vergleich schlecht reguliert bleibt“. Geschätzte 5000 bis 6000 Lobbyisten gibt es in Berlin – Tendenz steigend. Ein verpflichtendes Lobbyregister existiert nicht.

Für Semsrott ist klar, dass sich etwas ändern muss. Der gesamte Gesetzgebungsprozess sei viel zu intransparent, findet er: „Die meisten Gesetze, die in einer Legislaturperiode verfasst werden, sind in den Ministerien geschrieben worden. Das ist auch der Ort, an dem die meiste Einflussnahme von außen passiert.“ Das bedeutet: Bevor die Bundesregierung einen neuen Gesetzesentwurf beschließt, sind oftmals auch Lobbyisten nach ihrer Meinung gefragt. Die können dann Stellungnahmen dazu abgeben und sich so ins Gesetzgebungsverfahren einbringen. Dass dabei Experten zurate gezogen werden, ist durchaus sinnvoll, aber diese Beteiligung von Interessenvertretern birgt auch Gefahren, denn Lobbyisten versuchen, Gesetzentwürfe zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Wie viel von den Lobby-Stellungnahmen wirklich in die Gesetze mit einfließt, ist außerdem nicht automatisch öffentlich.

Die Initiative „Gläserne Gesetze“ will genau das aufdecken und zeigen, welchen Einfluss die Interessenvertreter tatsächlich nehmen. Dass die Ministerien jetzt Gesetzesentwürfe und Lobby-Stellungnahmen veröffentlichen wollen, freut Semsrott. Er geht davon aus, dass die Dokumente zunächst auf den jeweiligen Internetauftritten der Ministerien hochgeladen werden. Diese sollen von der Initiative auf dem Portal „stellungnah.me“ gesammelt und nach Interessenverbänden geordnet werden. Für Semsrott ist wichtig, diesen Prozess schnell voranzutreiben: „Wir werden darauf drängen, dass die Dokumente so schnell wie möglich veröffentlicht werden. Vor allem vor der Bundestagswahl, damit man noch sehen kann, was in dieser Legislaturperiode passiert ist.“

Doch am Ende ihrer Arbeit sind Semsrott und die Aktivisten von Initiative Open Knowledge Foundation noch längst nicht. Nicht nur die intransparenten schriftlichen Stellungnahmen von Lobbyisten, sondern auch die Treffen zwischen Ministern und Interessenvertretern müssten seiner Meinung nach an die Öffentlichkeit gelangen. Wenn sich beispielsweise Minister mit Automobilverbänden

treffen, wäre es laut Semsrott wichtig, auch etwas über die Inhalte dieser Treffen zu erfahren. Erst dann wäre nachzuvollziehen, an welchen Stellen Interessenvertreter Einfluss genommen haben. Schließlich würden die beschlossenen Gesetze nicht nur für Lobbyisten, sondern für alle gelten.

Mitmach-Portal „Frag den Staat“ Die Initiative „fragdenstaat.de“ sammelt Anfragen von Bürgern an Ministerien und veröffentlicht im Anschluss die Antworten. Auf der Homepage bekommen User auch Hilfe beim Abschicken ihrer Anträge auf Akteneinsicht. Laut dem Portal kamen dabei insgesamt rund 17 000 Dokumente zusammen. Betreiberorganisation ist die Open Knowledge Foundation Deutschland. Grundlage für die Anfragen ist das Informationsfreiheitsgesetz. Damit hat jeder Bürger das Recht, Zugang zu amtlichen Dokumenten von Behörden zu bekommen. Nur in Ausnahmefällen können die Beamten eine Freigabe ablehnen.

Weitere Artikel aus diesem Ressort

Keit Mattern ist neuer Kinderkönig des Schützenvereins Huxfeld: Ein heißer Kampf
Die Jungfußballer des SV Lilienthal Falkenberg richten im Sportzentrum Schoofmoor ihre Sommerturniere aus: 54 Mannschaften mit 800 Kindern
Jugendfußballer spenden 560 Euro
Awo besucht Pflegekreis Lilienthal
Faszinierende Unterwasserwelt

Bisher 0 Kommentare

[Eigenen Kommentar schreiben »](#)

Bitte [loggen Sie sich ein](#), um eigene Kommentare zu verfassen.

Noch nicht registriert? [Jetzt kostenlos registrieren »](#)

Diskutieren Sie über diesen Artikel